



Vorlage Nr.: 41/062

07.09.2011

Beschlussvorlage**öffentlich**

für den / für die	Berichterstatter	Sitzung am	TOP
Schulausschuss	FBL D	05.10.2011	2
Kreisausschuss	FBL D	11.10.2011	13
Kreistag	FBL D	17.10.2011	15

**Vorschlag gemäß § 33 Abs. 1 KrO NRW:
Initiative zur Einrichtung einer Produktionsschule**

1	Klassifizierung der Aufgabe: Bei der Aufgabe handelt es sich um	
	☒ eine freiwillige Aufgabe: Bindung durch Kreistagsbeschluss	☐ eine freiwillige Aufgabe: Bindung durch Vertrag
	☐ eine Pflichtaufgabe mit vorgeschriebenen Standards	☐ eine Pflichtaufgabe ohne vorgeschriebene Standards
	Ggf. weitergehende Ausführungen siehe Erläuterungen Nr:	

Auswirkungen (Ggf. weitergehende Ausführungen siehe Erläuterungen Nr.)

2	Finanzielle Auswirkungen (nur bei Beschlussvorlagen)						
	<i>Kurzfristig?</i>	☐ nein	☒ ja	Deckung im Haushalt?	☐ ja	☐ nein	<u>Erl-Nr.:</u>
	<i>Langfristig?</i>	☐ nein	☒ ja	Beteiligung Dritter?	☐ ja	☐ nein	<u>Erl-Nr.:</u>

3	Sonstige Auswirkungen (nur bei Beschlussvorlagen)		
	Auswirkungen für die Bürger?		☒ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Qualität der Aufgabenerfüllung?		☒ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Personelle und / oder organisatorische Auswirkungen ?		☒ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Gleichstellung von Mann und Frau?		☐ ja ☒ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Umwelt?		☐ ja ☒ nein <u>Erl-Nr.:</u>

Fachdienst	Fachdienstleiter/in	Dezernent/in Fachbereichsleiter/in	Kreisdirektor	Landrat
41	gez. Pinnow	gez. Dr. Schröder	gez. Butz	gez. Süberkrüb

Beratungs- ergebnis	☐ gemäß Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss
	☐ einstimmig Ja:	Nein: Enth.:

Beschlussvorschlag: Der Kreistag bittet den Landrat, die konzeptionellen Vorarbeiten zur Einrichtung einer Produktionsschule im Kreis Recklinghausen zu ergreifen.

Darstellung des Sachverhaltes:

Produktionsschulen sind Bildungseinrichtungen, die sich durch ein didaktisches Konzept in Kombination mit systematisierter, beruflicher Qualifikation mit erwerbsorientierter Produktion kennzeichnen lassen.

Das Modell der Produktionsschule hat sich in Dänemark in den letzten Jahren - mit über 100 Schulen - erfolgreich etabliert und ist Bestandteil des Regelschulsystems für die Zielgruppen Schulabbrecher, Abbrecher der Berufsausbildung und arbeitslose Jugendliche (16 – 25 Jahre) geworden. Seit Einführung dieser Art von Schulen konnte die damalige Arbeitslosenquote dieser Zielgruppe auf die Hälfte reduziert werden.

In Deutschland existieren bislang ca. 25 Produktionsschulen. Grundprinzipien und Merkmale der Produktionsschulen sind die Berufsorientierung und -vorbereitung, der außerschulische und zugleich betriebsähnliche Charakter, die marktorientierte Produktion und Dienstleistung, die Kooperationen mit lokalen bzw. regionalen AkteurenInnen, der Lernort am Übergang Schule – Arbeitsmarkt und der Ort für individuelles und situatives Lernen.

Im Gegensatz zu Dänemark existiert für eine Eingliederung der Produktionsschulen in das deutsche Schulsystem bislang keine rechtliche Grundlage. So sind diese Schulen (z.B. aus Sicht des Hamburger Schulgesetzes) keine Schulen, ihr Besuch ersetzt aber die Erfüllung der Schulpflicht an Berufsvorbereitungsschulen für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss.

Ziel einer Produktionsschule sollte sein, eine frühe Einstiegsphase (ab Klasse 8) anzustreben, um möglichst Schulabbrüche zu vermeiden; bei älteren Jugendlichen sollte das Nachholen eines Schulabschlusses über die Produktionsschule möglich sein.

Die Kosten der Produktionsschulen werden hauptsächlich durch öffentliche Mittel und Förderungen (ca. 85-90%) und zum kleineren Anteil durch erwirtschaftete Eigenmittel (Verkauf der hergestellten Produkte oder der erbrachten Dienstleistungen) gedeckt.

Ausgangslage im Kreis Recklinghausen

Angeichts des demographischen u. wirtschaftlichen Wandels, der sozialen und regionalen Kriterien und der kreisweiten bildungspolitischen Ziele zur Integration benachteiligter Jugendlicher und zur Förderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erscheint die Einführung einer Produktionsschule im Kreis Recklinghausen empfehlenswert.

Im Kreis Recklinghausen können aufgrund erster vorliegender Abfragen mehrere hundert Schüler als Zielgruppe einer Produktionsschule (Schulverweigerer) identifiziert werden.

Es kann davon ausgegangen werden, dass Betriebe (Industrie, Handwerk, Dienstleistungen) im Kreis Recklinghausen und in der Region in naher Zukunft in hohem Maße Ausbildungsplätze besetzen wollen, für die nicht ausreichend qualifizierte Schüler zur Verfügung stehen. Ziel muss es daher sein, möglichst allen Schülern eine Ausbildungsreife zu vermitteln; die Unternehmen werden hier zunehmend Partner der Schulen werden wollen und können.

Erfahrungen im Kreis Recklinghausen

Auch wenn sich zahlreiche Institutionen um die Förderung bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendliche kümmern (von Kitas und Schulen bis hin zu Qualifizierungsträgern und Vereinen) gibt es nur wenige Ansätze, die sich darum bemühen, schulschwache Jugendliche in die reale Arbeit und Produktion eines Betriebes einzubinden. In einigen kreisangehörigen Kommunen liegen erste Erfahrungen vor (z.B. Herten - Jugendwerkhof Wessels; Recklinghausen – RE-Init; Marl – Berufskolleg)

Finanzierung einer Produktionsschule

Der Betrieb einer Produktionsschule muss im wesentlichen über öffentliche Mittel und Förderungen finanziert werden; hier fallen vor allem die Personalkosten für die Lehrkräfte des allgemeinbildenden Unterrichts, für die erforderliche sozialpädagogische Betreuung sowie für die AnleiterInnen in den Arbeitsbereichen ins Gewicht. In der Aufbauphase müssen auch Kosten für die technische Ausgestaltung der Arbeitsbereiche sowie der Unterrichtsräume berücksichtigt werden. Eine Zusammenarbeit mit Unternehmen und Stiftungen kann hier ggfls. eine wirtschaftliche Unterstützung ermöglichen.

Erforderliche Schritte zur Einrichtung einer Produktionsschule

- weiteres Sammeln von Informationen über diese Schulform
- Einbringung des Themas in den Regionalen Lenkungskreis
- Ermittlung des potenziellen Bedarfs für eine Produktionsschule
- Kontaktaufnahme zu geeigneten Unternehmen, um die Bereitschaft zur Unterstützung durch Aufträge und Praktikumsplätze abzuklären
- Suche nach einer geeigneten Immobilie, die unter Beteiligung der ersten Schülerinnen und Schüler einer Produktionsschule zum Schulstandort ausgebaut werden könnte
- Gespräche mit Bezirksregierung und Land, um festzustellen unter welchen Bedingungen ein entsprechender Schulversuch genehmigungsfähig ist

Der Schulausschuss ist an den Vorbereitungen zu beteiligen und regelmäßig über den Stand der Bemühungen zu informieren.

Lösungsvorschläge/Alternativen (realisierbare Alternativen hier aufführen):
